

gegen? – Die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der vier Fraktionen gegen die Stimme des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich bedanke mich für die Beratung.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6470

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

Sie wissen, unsere weltweite Staats-, Wirtschafts- und Bankenverflechtung ist ein ausgesprochen komplexes System. Damit ist es anfällig, und schon kleine Veränderungen an irgendeiner Stelle können an ganz anderer Stelle erhebliche Auswirkungen haben: große noch mehr. Das erleben wir gerade. Mit der US-Immobilienkrise ist es nicht nur zu kleinen Veränderungen gekommen; vielmehr hat eine große nationale Finanzkrise Auswirkungen auf das gesamte weltweite Finanz- und Bankensystem.

Das alles war bei den ersten Anzeichen von Problemen auf dem US-Immobilienmarkt für uns so nicht abzusehen. Hier und heute, mitten in Europa müssen wir jedoch feststellen, dass diese US-spezifische Schieflage bei der Immobilienfinanzierung mit einer unglaublichen Dynamik auch unseren gesamten Bankensektor durcheinanderwirbelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist geschehen? Im Herbst 2006 ging der Boom auf den US-amerikanischen Häusermarkt zu Ende. In der Folge waren immer mehr einkommensschwache Amerikaner nicht mehr in der Lage, ihre zuvor zu leicht erhaltenen Immobilienkredite zu bedienen. Das war das erste ferne Donnerrollen der heaufziehenden Krise.

Schließlich erreichte das Platzen der amerikanischen Immobilienblase mit ihren Folgen im August 2007 auch die Bundesrepublik. Die Namen Sachsen LB und IKB sind dabei zum Synonym für die hiesigen Auswirkungen der Krise geworden. Doch nicht nur diese beiden Banken haben seit dieser Zeit massiv mit den Folgen zu kämpfen. Viele andere Banken, Privatbanken genauso wie öffentlich-rechtliche Institute, sind seit dem in den Strudel der US-Finanzkrise geraten. Auch vor der Westdeutschen Landesbank hat diese Entwicklung nicht Halt gemacht.

Hintergrund ist, dass sich die Banken in der Vergangenheit, so auch die WestLB bereits seit 1998, in erheblichen Größenordnungen mit vermeintlich sicheren Papieren und Investments ausgestattet haben. Dazu gehören auch Subprime-Papiere, also Verbriefungen amerikanischer Immobilienkredite unterschiedlicher Sicherheit.

Die internationalen Ratingagenturen haben diese Papiere seinerzeit fast durchgängig in sehr guten Risikoklassen eingestuft. Die Risiken sind jedoch, aus heutiger Sicht betrachtet, eklatant unterschätzt worden, auch von der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen, auch von den Wirtschaftsprüfern.

Im Sommer 2007 stellte sich dann auch heraus, dass die Papiere nicht alle so gut waren, wie die Spitzenratings es suggerierten. Die Vertrauenskrise an den internationalen Kapitalmärkten hat in den letzten Monaten dazu geführt, dass die größten Bankhäuser der Welt teilweise Bewertungsverluste in zweistelliger Milliardenhöhe erlitten haben. So musste etwa die als besonders seriös geltende Schweizer UBS-Bank zuletzt erhebliche Einbrüche mitteilen und wird erstmals in ihrer Geschichte rote Zahlen in einem Jahresabschluss schreiben.

Auch unter den Landesbanken ist es – so stellt sich immer mehr heraus – bei Weitem nicht nur die WestLB, die entsprechende Bewertungsrisiken und Verluste erlitten hat. Ob LBBW, also die baden-württembergische Landesbank, oder die bayrische Landesbank, die ebenfalls beide sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind, ob HSH Nordbank oder im besonderen Maße die Sachsen LB – bei allen hinterlassen die Subprime-Probleme große Löcher in der Bilanz. Seit September 2007 haben wir im Rhythmus von vier Wochen, zuletzt in 10-Tage-Abständen erhebliche Bewertungsabschläge verkraften müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut zwei Monaten habe ich an diesem Pult bereits ausführlich zu un-

serer Landesbank, zur WestLB, Stellung genommen und die Ergebnisse der Verabredungen zwischen den Eigentümern dargestellt. Die internationale Finanzkrise hat uns herausgefordert, und wir haben zusammen mit den weiteren Eigentümern diese Herausforderungen angenommen. Wir haben uns der gemeinsamen Verantwortung gestellt und ein Gesamtkonzept zur Zukunftssicherung der WestLB entwickelt.

Mit der dazu am 8. Februar dieses Jahres getroffenen Vereinbarung haben wir mitten in der Krise Handlungsfähigkeit bewiesen und einen tragfähigen und klaren Kurs für die Zukunft unserer Landesbank eingeschlagen. Im Wesentlichen umfasst das Gesamtkonzept zur Zukunftssicherung die folgenden Punkte: eine Restrukturierung der WestLB, eine Optimierung des Geschäftsmodells, eine Risikoabschirmung und eine Neuformierung des Managements.

Alle diese Teilaspekte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden nun zügig und ordentlich abgearbeitet. Vorrang hatte dabei zunächst die Risikoabschirmung. Die dazu notwendigen Schritte wurden von der Landesregierung unverzüglich eingeleitet und zwischenzeitlich auch unternommen.

Jetzt bedarf es zum Abschluss noch der Entscheidung des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber. Denn die Risikoabschirmung kann ihre Wirksamkeit nur dann entfalten, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu die gesetzliche Grundlage schaffen. Bislang stehen alle Erklärungen des Landes wie die Garantieerklärung vom 31. März insoweit unter Haushaltsvorbehalt. Mit Ihrer Entscheidung zum Haushalt sichern Sie das Gesamtkonzept zur Zukunftssicherung damit wesentlich ab.

Dass der hierzu notwendige Zeitplan für den Beratungsablauf im Haushalts- und Finanzausschuss einvernehmlich beschlossen wurde, freut mich sehr. Dafür darf ich mich ganz herzlich bedanken.

Was ist nun konkret im Landeshaushalt im Zusammenhang mit der WestLB zu regeln? – Für das von der Finanzmarktkrise betroffene Portfolio der WestLB in einer Größenordnung von 23 Milliarden € wird ein Risikoschirm errichtet. Die Eigentümer haben sich dafür entschieden, es auf eine Zweckgesellschaft auszugliedern, die in Irland angesiedelt ist. Gesellschafter und Geschäftsführer ist ein Trust einer international tätigen, anerkannten Dienstleistungsgesellschaft. Ebenso sind der sogenannte Assetmanager und der Treuhänder durchweg solide und renommierte Gesellschaften.

Diese rechtliche Konstruktion ist von den Eigentümern in Absprache mit versierten Beratern gewählt worden. Die Entscheidung für Irland ist im Übrigen gerade deshalb getroffen worden, weil dort die notwendige Expertise zu finden ist. Es gibt in Deutschland keine vergleichbaren Dienstleistungen. Für den europäischen Bereich sind sie in Dublin konzentriert. Dort besteht der sichere Rechtsrahmen für derartige Transaktionen.

Dank dieser Konstruktion müssen die Marktwertschwankungen, die zurzeit unrealistische Größenordnungen erreichen, bei der Zweckgesellschaft im Gegensatz zur WestLB nicht bilanziell dargestellt werden. Denn dort sind nur etwaige tatsächliche Zahlungsausfälle entscheidend, die es nach Angaben der WestLB bis zum 31. März 2008 so gut wie nicht gibt.

Die WestLB erhält von der Zweckgesellschaft als Kaufpreis 23 Milliarden € mit positiven Effekten auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Kapitalquote. Den Kaufpreis finanziert die Zweckgesellschaft durch Ausgabe von Schuldverschreibungen, die von der WestLB übernommen werden. Im ersten Schritt refinanziert die WestLB damit die Zweckgesellschaft. Diese Struktur gilt zumindest als vorläufige Lösung für etwa die nächsten sechs Monate.

Das ist auch mit der EU-Kommission so abgestimmt worden, mit der wir uns in einem intensiven, sehr konstruktiven Dialog befinden. Sie legt auf die Vorläufigkeit besonderen Wert. Solange die WestLB die Refinanzierung übernimmt und die Maßnahme daher im Einvernehmen von Land, Zweckgesellschaft und WestLB rückgängig gemacht werden kann, ist das auch gewährleistet. Am vergangenen Freitag ist die Maßnahme bei der EU-Kommission angemeldet worden. Kommissarin Kroes hat mir persönlich ihren Einsatz für eine zügige und befürwortende Entscheidung zugesichert.

Zur Absicherung des ganzen Vorgangs haben sich die Eigentümer weiterhin entschieden, eine Garantie über 5 Milliarden € zu leisten. Dadurch wird die Dekonsolidierung bei der WestLB ermöglicht. Darüber hinaus ist sie den derzeitigen Marktwertschwankungen der betroffenen Papiere nicht mehr ausgesetzt. Die Höhe der Garantie ist im Übrigen durch eine Investmentbank, unterstützt durch einen Wirtschaftsprüfer, berechnet worden, sodass die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass sie ausreichend sein wird.

Zur Garantie ist im Einzelnen Folgendes anzumerken:

Sie wird im Außenverhältnis komplett vom Land übernommen. Damit wird insoweit eine Refinanzierung der Zweckgesellschaft zu Pfandbriefkonditionen ermöglicht. Die Garantie wird mit einer Avalprovision von 0,5 % pro Jahr vergütet. Im Innenverhältnis tragen die Eigentümer die Lasten aus der Inanspruchnahme der Garantie wie folgt:

Bis zu einer Höhe von 2 Milliarden € werden die Beträge auf die Eigentümer ihren direkten und indirekten Beteiligungsverhältnissen entsprechend verteilt. Die Erstattung an das Land wird dabei durch eine Rückgarantie sichergestellt, wobei die Miteigentümer dafür einen Anteil an der Avalprovision erhalten. Entsprechend der Gesamtbeteiligung des Landes am Grundkapital der WestLB AG in Höhe von rund 38 % wäre das Land dann mit einem Anteil von rund 760 Millionen € beteiligt.

Wird das Land aus seiner Garantie von weiteren 3 Milliarden €, also aus dem sogenannten disquotalen Anteil, in Anspruch genommen, steht dem Land ein Recht auf Übertragung einer entsprechenden Anzahl von Aktien der WestLB durch die Sparkassen- und Giroverbände sowie durch die Landschaftsverbände im Wesentlichen gegen Erstattung des Buchwertes oder gegen einen Barausgleich zu. Das Land profitiert dann von den Wertsteigerungen der Aktien der WestLB. Darüber hinaus steht dem Land die Avalprovision für den disquotalen Anteil in voller Höhe zu.

Um aber diese Garantie des Landes im Außenverhältnis überhaupt abgeben zu können, bedarf es einer entsprechenden haushaltsrechtlichen Ermächtigung im Haushaltsgesetz. Dazu habe ich Ihnen mit dem Nachtragshaushalt für 2008 einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt, über den Sie nun beraten. Ich betone erneut, dass diese Ermächtigung auf die Nettoneuverschuldung keine Auswirkung hat. Sie bleibt für das Jahr 2008 unverändert bei 1,77 Milliarden €. Ebenso gibt es keine Veränderungen im Haushaltsvolumen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die internationale Finanzkrise hat uns in den letzten neun Monaten gefordert und herausgefordert. Die Landesregierung hat diese Herausforderung aus ihrer Verantwortung gegenüber unserer Landesbank und ihren Mitarbeitern, mit Blick auf den heimischen Finanzplatz, aber auch mit Blick auf Deutschland als Finanzplatz insgesamt zusammen mit den anderen Eigentümern der WestLB angenommen. Vor allem aber für Nordrhein-Westfalen ist die gefundene Lösung Teil eines tragfähigen Konzepts für die Zukunft der WestLB.

Daher bitte ich Sie um Unterstützung für die vorbereiteten Entscheidungen. Sichern Sie den Risikoschild durch die Ermächtigung im Haushalt 2008 mit dem Nachtragshaushalt 2008 ab! – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, als ich den letzten zehn Minuten Ihrer Rede gelauscht habe, hatte ich den Eindruck, dass Sie offensichtlich ganz wesentliche Teile entweder aus Ihrem Gedächtnis verdrängt oder ganz bewusst nicht vorgetragen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn es kann nicht so schwer sein, sich ein Jahr zurückzuerinnern und festzustellen: Die Tatsache, dass wir heute einen Nachtrag für den Haushalt 2008 diskutieren, hat damit zu tun, dass das der traurige Höhepunkt einer Geschichte des Versagens der Landesregierung und insbesondere von Herrn Dr. Rüttgers ist, der das Ganze zur Chefsache gemacht hat und heute nicht einmal anwesend ist.

(Beifall von der SPD)

Dieses Thema war also Chefsache und hat bis heute einen Höhepunkt in der Tatsache gefunden, dass dieses Parlament jetzt eine Garantie oder eine Bürgschaft in Höhe von 5 Milliarden € für eine Situation beschließen soll, in der diese Landesregierung ein Jahr lang eine Krise der Westdeutschen Landesbank ausgesessen hat.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, ich erinnere daran: Fast auf den Tag genau vor einem Jahr, schon im April letzten Jahres, haben misslungene Börsenspekulationen der Westdeutschen Landesbank – damals gab es noch keine Immobilienkrise –

(Zuruf von der SPD: Das war der Ausschlag!)

alle Eigentümer bis auf die Landesregierung zusammengeschweißt. Sie wollten diese Bank neu aufstellen und hatten vorgeschlagen, mit den Baden-Württembergern zu fusionieren. Damals, Herr Finanzminister, wäre es sehr wichtig gewesen, dass Sie diese Fusion Seite an Seite mit der Sparkasse eingeleitet hätten.

(Christian Weisbrich [CDU]: Was für ein Quatsch!)

Aber nein, Sie haben gezaudert – weniger Sie, sondern eher der Ministerpräsident – wegen persönlicher Animositäten mit Ihrem Parteifreund bzw. Parteifeind Oettinger.

(Beifall von Ute Schäfer [SPD])

Sie haben wegen persönlicher Eitelkeiten die Neuaufrichtung der Westdeutschen Landesbank Mitte letzten Jahres verhindert. Das sagen wir laut und deutlich.

(Beifall von der SPD)

Mit dieser Tatenlosigkeit haben Sie der Bank eine verdammt schwere Hypothek aufgelastet. Sie haben die Bank – jetzt fangen Sie an, sich wieder zu erinnern – in die Immobilienkrise hineinschlittern lassen. Denn, meine Damen und Herren, völlig richtig ist: Alle Banken, sowohl die öffentlichen als auch die privaten – ich bin Ihnen, Herr Finanzminister, dankbar, dass Sie das heute hier sagen –, wurden von dieser Krise erfasst.

Aber anders als die Bayern, die Baden-Württemberger, die Hessen oder die Niedersachsen hatte die Westdeutsche Landesbank zu diesem Zeitpunkt schon eine erhebliche Schiefelage. Sie war angeschlagen, weil sie eine Krise aus dem Eigenhandel und schon 600 Millionen € Verluste hatte.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Hausintern!)

Und, meine Damen und Herren: Sie hatte kein gutes neues Geschäftsmodell und keine Zukunftsperspektive.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das hat sie immer noch nicht! – Gegenruf von Christian Weisbrich [CDU])

Deshalb ist die Bank viel weiter, Herr Kollege Weisbrich, in diese Krise hineingeschlittert, als alle anderen Landesbanken in dieser Bundesrepublik.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben es wissentlich begleitet. Der Ministerpräsident hat es wissentlich ausgesessen und tatenlos zugesehen.

(Beifall von der SPD)

Heute stellen Sie sich ins Parlament und schieben die Belastung der Bank auf die Steuerbürgerinnen und -bürger in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung von der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, meine Damen und Herren, wäre eigentlich verantwortlich für große Teile dieser Zeche – nicht der Landeshaushalt, nicht die Zuschauerinnen und Zuschauer und nicht wir alle als Steuerzahler –,

(Christian Weisbrich [CDU]: Wer denn?)

weil er nicht gehandelt, sondern weil er es ausgesessen hat.

(Christian Weisbrich [CDU]: Ach, du liebe Güte! – Gegenruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Hören Sie gut zu!)

Jetzt ist er dafür verantwortlich, dass ab sofort von jedem Euro Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zehn Cent auf die Risiken der Westdeutschen Landesbank entfallen.

(Zuruf von der SPD: 10 % des Haushalts!)

5 Milliarden € bei einem Landeshaushalt von rund 50 Milliarden € sind 10 %. Das verantworten Herr Dr. Rüttgers und Herr Dr. Linssen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Krückel?

Gisela Walsken (SPD): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Bernd Krückel (CDU): Frau Kollegin Walsken, sind Sie allen Ernstes der Meinung, dass die LBBW bzw. das Land Baden-Württemberg das Land Nordrhein-Westfalen und die WestLB im Falle einer Fusion aus der Haftung entlassen hätten, während die Haftung bei der SachsenLB beim Staat Sachsen verblieben ist? Glauben Sie allen Ernstes, es hätte unterschiedliche Vorgehensweisen bei den Fusionen gegeben?

(Zurufe von der SPD)

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege Krückel, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben bis heute nicht verstanden, dass es nicht darum ging, dass die Baden-Württemberger oder andere Probleme von der Westdeutschen Landesbank übernehmen.

(Beifall von der SPD)

Natürlich hätte die Bank mit ihren Eigentümern dafür geradestehen müssen.

(Zuruf von Bernd Krückel [CDU])

Es ging vielmehr darum, dass die Bank zu diesem Zeitpunkt – ich habe Ihnen auch zugehört – eine Zukunftsperspektive gebraucht hätte, wie sie ihre Geschäfte macht,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

weil die unseriösen Geschäfte mit den Börsenspekulationen beendet waren. Das war der Hintergrund. Alles andere ist Argumentationstrickserie. Sie wissen ganz genau, dass die Eigentümer wie die Sparkassen es zu diesem Zeitpunkt gern gemacht hätten. Sie wissen, dass aus Baden-Württemberg von allen politischen Ebenen die Signale gekommen sind.

Es gibt nur einen – er sitzt sonst auf diesem Stuhl –,

(Gisela Walsken [SPD] zeigt auf den leeren Platz des Ministerpräsidenten.)

Herrn Dr. Rüttgers, den Ministerpräsidenten dieses Landes, der gesagt hat: Nein, mit Oettinger kann ich nicht. – Das kritisieren wir heute.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

5 Milliarden € müssen nun die Steuerbürger als Belastung tragen. Das ist das Thema.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie sagen ja liebend gern, Rot-Grün sei an allem schuld, aber mit diesen 5 Milliarden € produzieren Sie eine echte Erblast für die nächsten zehn Jahre. Sie wird noch den Steuerbürger belasten, wenn Sie schon lange nicht mehr im Amt sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen und Widerspruch von der CDU – Dr. Jens Petersen [CDU]: Sie gehen früher; das steht fest!)

Meine Damen und Herren, wenn man die anderen Bundesländer betrachtet, kann ich mir gut vorstellen, dass der Finanzminister und vielleicht auch der Ministerpräsident in den letzten Tagen mit den Kollegen in Sachsen telefoniert haben. Ich finde es wichtig, heute noch einmal darauf hinzuweisen, dass in Sachsen Ministerpräsident Milbradt und sein Finanzminister mittlerweile zurückgetreten sind, weil sie – ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen – dem sächsischen Steuerbürger eine Belastung von 2,75 Milliarden € aufgebürdet haben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Die sind doch schon längst abgewählt worden!)

Sie haben gesagt: Dafür tragen wir die Verantwortung.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Daraus, meine Damen und Herren, leite ich für meine Fraktion ab, dass wir uns in den nächsten Tagen sehr genau anschauen werden, wer welche Verantwortung trägt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wäre an Ihrer Stelle vorsichtig, den Mund ganz weit zu öffnen, um dann zu pfeifen.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade vom Finanzminister gehört, dass sich alle Schulden und Belastungen der WestLB deshalb aufgelöst haben – oh Wunder! –, weil eine neue Zweckgesellschaft gegründet worden ist. Der Finanzminister ruft: Hex, hex, wir machen eine neue Zweckgesellschaft, und die WestLB ist alle Sorgen los!

Ich bin sicher, auf der Zuschauertribüne sitzen viele Damen und Herren, die auf diese Weise sehr gern private Schulden loswerden würden. Aber so leicht ist das nicht. Wir haben eine neue Gesellschaft, die Phönix Light heißt. Ich finde diese Formulierung – Stichwort: Phönix aus der Asche – ganz interessant. Diese Gesellschaft hat künftig eine Garantie von uns Steuerzahlern für ihre Geschäftstätigkeit in der Hinterhand.

Bei dieser Gesellschaft werden wir noch viele Fragen klären müssen, zum Beispiel, Herr Finanzminister, warum diese Gesellschaft – Sie haben es selbst gesagt – ihren Sitz in Dublin, also in Irland, hat. Warum sitzt diese Gesellschaft nicht in der Bundesrepublik? Warum sitzt sie nicht in Nordrhein-Westfalen – vielleicht zur Stärkung der Finanzplätze Düsseldorf und Münster, um Gewerbesteuern in unsere kommunalen Kassen zu zahlen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Warum Irland, Herr Finanzminister?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das habe ich doch erklärt!)

Die Frage ist auch, warum die Deutsche Bank USA hinter dieser Gesellschaft steht und Geld verdient. Welche Konstruktion steckt dahinter – mit der Garantie der Steuerbürger aus Nordrhein-Westfalen?

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine Vielzahl von Fragen. Wir werden heute anfangen, diese Fragen mit dem Finanzminister zu erörtern. An dieser Stelle nur so viel: Bislang ist nicht klar, wie die Belastung für den Landeshaushalt genau

aussieht. Bislang ist nicht klar, auf welche Dauer diese Belastung eingegangen wird. Und, meine Damen und Herren, es ist noch nicht einmal klar, ob das Haushaltsgesetz eine so große Belastung überhaupt zulässt. Das werden wir in den nächsten Wochen prüfen. Das Ganze soll Mitte Mai verabschiedet werden. Ich freue mich auf die Diskussion bis dahin. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe ja, dass die Sprecherin der Opposition versuchen muss, dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister ein Problem an die Backe zu heften, das an sich gar nicht ihres ist.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Umso mehr schätze ich es daher, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss nunmehr in einer ausgesprochen konstruktiven Atmosphäre über die Lösung dieser Probleme, die uns im Land alle gemeinsam angehen, sprechen.

Dies ist an sich gar nicht der Platz, um über Schuldzuweisungen nachzudenken. Ein paar Bemerkungen zur Information und Erhellung will ich trotzdem noch machen, auch wenn sie mir an sich gar nicht erforderlich scheinen, denn ein Blick auf die weltweite Bankenlandschaft zeigt ja, dass von dieser Krise wirklich alle Banken betroffen sind, selbst diejenigen Schweizer Banken, die wir für den Hort der Stabilität halten würden.

Richtig ist, dass die Landesbanken allgemein überproportional betroffen sind. Richtig ist aber auch, dass diese überproportionale Betroffenheit der Landesbanken mit einem ganz konkreten Datum zusammenhängt, nämlich mit dem Auslaufen der Gewährträgerhaftung für die Landesbanken im Juli 2005. Das haben die Landesbanken genutzt, um sich mit Liquidität zu günstigeren Konditionen vollzusaugen, weil staatsgarantiert, und zwar fortdauernd staatsgarantiert, auch heute noch. Das Geld, das die Landesbanken in großen Dimensionen aufgenommen hatten, haben sie in der Zeit von 1999 bis 2005 eben auch in diese Papiere investiert.

Ich will an dieser Stelle nicht die Schuld den damals Verantwortlichen zuweisen. Wenn jemand schuld ist, dann sicherlich die Ratingagenturen,

die den damals Verantwortlichen jeweils grünes Licht gegeben haben. Triple A heißt doch auf Deutsch: Bedenkenlos investieren! Ihr könnt diese Papiere kaufen! – Das ist in erheblichem Umfang passiert. Dafür den jetzt im Amt befindlichen Finanzminister oder Ministerpräsidenten verantwortlich zu machen, ist natürlich ein Stück weit abenteuerlich.

Der Hinweis, mit dem Kauf der WestLB durch die LBBW im vergangenen Jahr wären wir alle Probleme los gewesen, ist bei Licht betrachtet natürlich auch Unfug. Denn die Baden-Württemberger, die bekanntlich alles können außer Hochdeutsch, können rechnen. Die Risiken hätten sie natürlich nicht übernommen. Wir trügen heute die Risiken, säßen aber nicht mehr auf dem Fahrersitz. Das wäre sicherlich sehr, sehr schlecht.

Deswegen ist die Bewertung des „Handelsblattes“ vom 3. April auch völlig richtig, die nämlich die jetzt in Nordrhein-Westfalen gefundene Lösung als Blaupause auch für andere Landesbanken lobt. Das, meine Damen und Herren, ist die Realität.

Wir sollten jetzt nach vorne schauen. Wir sollten jetzt diesen Nachtragshaushaltsplan beraten, der eine wichtige Entscheidung für den weiteren Umgang mit all den Problemen darstellt. Der Dreiklang der Entscheidung besteht aus Risikoabschirmung, Restrukturierung und Neuausrichtung des Geschäftsmodells.

Unser Part hier ist jetzt, diesen einstimmig von allen Eigentümern der WestLB gefassten und – was die Risikoabschirmung angeht – mit dem Zustimmungsvorbehalt des Parlaments versehenen Beschluss umzusetzen, diese Blaupause für die Entwicklung der Landesbankenlandschaft.

Dies ist schon angesichts der Höhe der einzugehenden Eventualverbindlichkeit eine wichtige Entscheidung. Wir dürfen natürlich nicht leichtfertig damit umgehen. Wir müssen den Dreiklang der Entscheidung sehen und unseren Teil dazu beitragen. Wir müssen mit Blick auf Europa sicherstellen, dass es auch zur Restrukturierung und Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Westdeutschen Landesbank im Sinne des Eigentümerbeschlusses kommt.

Man könnte noch einfügen: Die Versuche, 2004 diese notwendigen Entscheidungen zu treffen, sind damals leider gescheitert. Jetzt haben wir Einmütigkeit zwischen allen Eigentümern.

Wir müssen hier natürlich ganz genau bedenken: Was sind die Auswirkungen auf den Haushalt? Was sind die Auswirkungen auf die WestLB, aber

auch auf die Wirtschaft allgemein und die Sparkassen im Besonderen? Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss bereits einen Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung gefasst. Die muss stattfinden. Die Fragen dazu liegen schon auf dem Tisch. Wir müssen uns intensiv mit all diesen Fragen beschäftigen. Welche Schlüsse ziehen wir aus der jetzigen Krise? Was muss sich ändern? Ist das Verfahren europarechtlich zulässig? Es gibt noch viele andere Fragen, die wir im Rahmen dieser Anhörung beraten werden.

Ich will abschließend noch einmal unterstreichen, dass ich es für absolut wichtig und gut halte, dass wir dieses Verfahren einvernehmlich zwischen den Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen haben, weil ein einvernehmliches Vorgehen von allen in diesem Hause gerade im Interesse von Landesbank und Sparkassen Nordrhein-Westfalens ist. Es wäre schön, wenn wir auf der Basis des hier von Helmut Linssen eingebrachten Entwurfs diese Entscheidung dann auch gemeinsam treffen könnten.

Ich bin relativ sicher, liebe Frau Kollegin Walsken, dass Finanzminister Dr. Helmut Linssen Mitte oder Ende der nächsten Legislaturperiode als Finanzminister diesem Haus von einer positiven Entwicklung berichten kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Wie lange wollen Sie denn machen? Mit 70 ist doch spätestens Schluss!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! In der Tat gab es in der vergangenen Woche nach einer Durststrecke zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder Positives von der WestLB zu berichten. Denn trotz des großen Verlustes im Jahr 2007 kann die Bank dank der Auslagerung der Risiken und der Absicherung durch die auch jetzt mit dem Nachtragshaushalt vorgelegte Landesgarantie wieder mit etwas Optimismus in die Zukunft sehen und sich auf ihre Arbeit konzentrieren.

Es verwundert nicht, dass auch andere Landesbanken schon überlegen, ob sie diesem Modell folgen wollen. „Blaupause WestLB“ – so titelte das „Handelsblatt“ vor wenigen Tagen. Weiter wurde, ebenfalls im „Handelsblatt“, ausgeführt: „Die Düsseldorf werden vom ewigen Prügelknaben auf

einmal zum Ideengeber.“ „Die Sanierung der WestLB gilt allen anderen Landesbanken als Vorbild“, stellte der „Focus“ Anfang vergangener Woche in die Diskussion.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Da stand auch schon einmal etwas von wundersamer Heilung!)

Meine Damen und Herren, mit dem vor uns liegenden Gesetzentwurf geht es darum, den rechtlichen Rahmen für die beschlossenen und unter Vorbehalt unserer parlamentarischen Zustimmung eingeleiteten Maßnahmen zu schaffen. Es ist ein gutes Zeichen auch für die WestLB, für ihre Kunden, für ihre Beschäftigten, für die Eigentümer, für den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen und für den neuen Vorstandsvorsitzenden Herrn Hilgert, dass wir uns im Haushalts- und Finanzausschuss einvernehmlich auf ein zügiges Beratungsverfahren im Interesse des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen verständigt haben und diesen für die Sanierung und für die Restrukturierung der WestLB wichtigen Zeitplan einhalten. Deswegen richte ich an dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Opposition.

Meine Damen und Herren, anerkennenswert ist, dass es den Eigentümern der WestLB gelungen ist, die Schritte zur Konsolidierung auf die Beine zu stellen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Aber eigentlich wollen Sie verkaufen!)

Wir alle wissen, dass das ein schwieriger Prozess war. Durch das letztlich doch entschlossene Handeln konnte sichergestellt werden, dass die Bank durch die Abwertung nicht in einen Bereich des Eigenkapitalverzehr gerutscht ist, der ihre weitere Geschäftstätigkeit sicherlich – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – beeinträchtigt hätte.

Mit den getroffenen Entscheidungen hat die WestLB einen Schritt auf dem Weg getan, den andere erst noch gehen müssen. Ein Ende der internationalen Finanzmarktkrise ist noch nicht absehbar. Niemand kann sagen, wie sich die Märkte weiter entwickeln, zumal nicht nur Fakten und Rationalität die Entwicklung begleiten.

Der Internationale Währungsfonds schätzt derzeit, dass weltweit bis zu 603 Milliarden € an Abschreibungen nötig werden könnten. Die Experten und Sachverständigen diskutieren darüber, ob und welche geldpolitischen Maßnahmen seitens der Zentralbank geboten sind und ob eine EU-weite Finanzdienstleistungsaufsicht dazu beitragen könnte, Krisen wie diese in Zukunft zu vermeiden.

Die Rolle, der Einfluss und die Sorgsamkeit einiger internationaler Ratingagenturen werden meines Erachtens auch völlig zu Recht hinterfragt. Die Gruppe der Notenbankchefs und Finanzminister der G7-Staaten hat sich, wie Anfang dieser Woche zu lesen war, insbesondere auf strengere Eigenkapitalvorschriften für Institute geeinigt, die risikoreiche Wertpapiere halten, wobei – da mache ich noch einmal einen kurzen Schwenk zu den Ratingagenturen – wir dann natürlich darüber diskutieren und genauer definieren müssen, welche eigentlich die risikoreichen Wertpapiere sind.

Bis sich die Erkenntnisse verdichten, wird es noch einige Zeit dauern. Die Stabilisierung der WestLB trägt auch einen Teil dazu bei, einer der Mitursachen, vielleicht sogar einer der Hauptursachen der derzeitigen Krise zu begegnen und das mangelnde Vertrauen der Banken untereinander wenigstens ein wenig wieder herzustellen.

Die von einigen Medien vertretene Auffassung, die WestLB sei durch Bilanztricks gerettet worden, ist im Übrigen nicht zutreffend.

(Gisela Walsken [SPD]: Auch das „Handelsblatt“!)

Nur eine wichtige materielle Veränderung ermöglicht überhaupt erst, dass die Bilanz der WestLB jetzt von Risiken weitgehend befreit werden kann. Das sind die Ausgliederung von nominal 23 Milliarden € auf eine Zweckgesellschaft und die Abschirmung von Risiken, die wir mit diesem Nachtragshaushalt zu beraten haben.

Meine Damen und Herren, die FDP steht zu den Sanierungs- und Rettungsmaßnahmen, da eine Insolvenz der WestLB noch viel dramatischere Auswirkungen auf die Märkte gehabt hätte. Ich will an dieser Stelle auch deutlich sagen: Gerade im Interesse unserer nordrhein-westfälischen Sparkassen stehen wir zu der Verantwortung, die wir auch für die WestLB haben.

Denn es wäre nicht auszudenken, welche Folgen die Insolvenz einer Sparkasse oder der WestLB für das Vertrauen der Bürger in die Finanzdienstleistungssysteme und auch in die Politik letztlich hätte.

Zudem macht die Verlagerung der Risiken aus der WestLB hinaus auch wieder den Blick frei für das Wesentliche, nämlich für die Profitabilität des operativen Geschäfts. Wenn sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht jedes Quartal auf die Bewertungsverluste richtet, können Eigentümer und zukünftige Kooperationspartner besser und unabhängiger die tatsächlichen Stärken der Bank beurteilen und entwickeln.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Walsken?

Angela Freimuth (FDP): Nein, ich möchte im Augenblick erst einmal im Zusammenhang vortragen.

Dennoch ist genau die Situation eingetreten, vor der auch die FDP seit Langem gewarnt hat. Sollten sich die Risiken tatsächlich realisieren, müssen die nordrhein-westfälischen Steuerzahler in einem enormen Ausmaß für die Verluste einstehen.

Und, meine Damen und Herren, genau das ist unser Motiv: Da wir die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von den Risiken einer im operativen Bankengeschäft privatwirtschaftlich agierenden Beteiligung frei halten wollen, wollen wir den Rückzug des Landes aus der Beteiligung an der WestLB einleiten.

Und es wäre ja auch nicht so, als ob die Steuerzahler jetzt das erste Mal für Risiken – so drücke ich es einmal aus – haften würden. Ich verweise auf Boullion oder Boxclever. Mit diesen Geschäften haben sich in erheblichem Umfang bereits zu rot-grünen Zeiten Risiken zulasten der Steuerzahler realisiert, ohne mit dieser Subprime-Krise überhaupt etwas zu tun gehabt zu haben.

Die FDP hält es aus ihrem ordnungspolitischen Verständnis abgeleitet nach wie vor nicht für richtig, sondern für falsch, dass sich das Land an der privatwirtschaftlich tätigen WestLB beteiligt.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Haben Sie zugehört, Herr Weisbrich?)

Meine Damen und Herren, es gilt, aus diesen Ereignissen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wir verdanken diese Probleme nicht in erster Linie, aber zu einem Großteil einem in der Vergangenheit fehlenden bzw. zumindest einem nicht tragfähigen Geschäftsmodell.

Das, was ich bislang von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition gehört habe, stellte auch kein tragfähiges Geschäftsmodell dar.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Gisela Walsken [SPD]: Och!)

Dieses gilt es nun gemeinsam zu entwickeln, damit die WestLB eine Zukunft hat

(Ewald Groth [GRÜNE]: Gibt es jetzt ein Modell? – Gisela Walsken [SPD]: Herr Dr. Linsen, haben Sie das gehört? Sie glaubt nicht an Ihr Modell!)

und die Sparkassen in diesem gemeinsamen Wettbewerb bestehen können.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Der Minister hält sich da raus!)

Meine Damen und Herren, der Konsolidierungsprozess der deutschen Landesbanken ist auch nach der Absage der Helaba nicht beendet.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass das Bewusstsein für die notwendigen Konsolidierungen auch im Sparkassensektor mit den zunehmenden Herausforderungen von Tag zu Tag wächst.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal auf das eingehen, was die Kollegin Walsken gerade zum Thema LBBW gesagt hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Bitte!)

Ich weiß offen gestanden nicht, ob Herr Rüttgers mit Herrn Oettinger – wie hatten Sie es formuliert? – „kann“. Das ist mir im Zweifel auch völlig wurscht.

(Gisela Walsken [SPD]: Er hat sich so zitieren lassen!)

Wir haben in den Beratungen darüber, wie es mit der WestLB weitergehen soll, mehrheitlich entschieden, dass wir die WestLB nicht als Junior in die Landesbank Baden-Württemberg eingliedern wollen,

(Martin Börschel [SPD]: Man hätte mehr rausholen müssen! Sie haben es nicht mal versucht! – Gisela Walsken [SPD]: Sie haben mit richtigen Beratungen gar nicht angefangen!)

und ich halte diese Entscheidung nach wie vor für richtig.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie im Kindergarten! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden der Überweisung

(Gisela Walsken [SPD]: Mehrheitlich!)

des Nachtragshaushaltes an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung zustimmen. Wir stehen zur Verantwortung für den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen und auch für die Beteiligung. Und ich sage auch ganz ausdrücklich: Ich hoffe trotzdem, dass wir diesen Risikoschirm in der ausgebrachten Höhe niemals in Anspruch nehmen müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Groth das Wort.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Von der Wall Street!)

Ewald Groth (GRÜNE): Danke, Theo.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich nun drei Beschwichtigungsreden habe zuhören müssen – die Einbringungsrede des Finanzministers sowie die Beschwichtigungsreden von Herrn Klein aus der CDU-Fraktion und von Frau Freimuth aus der FDP-Fraktion nach dem Motto: „Es ist doch alles gar nicht so schlimm, und wir sind alle auf einem guten Weg“ –, kann ich nur sagen: Wir als Grüne haben es jetzt endlich schwarz auf weiß, wie die Landesregierung versucht, die angeschlagene WestLB zu retten. 5 Milliarden € an Risiken werden vom Land gegenüber der WestLB verbürgt.

5 Milliarden €, meine Damen und Herren – welche eine gigantische Summe! Ich erspare es uns allen darzustellen, welche Geldtürme man mit 2-€-Stücken bauen oder wie viele Straßen man mit dem Geld pflastern könnte, wenn man es in bar auf den Asphalt legen würde. Das will ich gar nicht tun.

Meine Damen und Herren, das Zögern und Zaudern des Ministerpräsidenten macht einen erheblichen Teil der gigantischen Misere aus,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

die Sie heute hier in einem ersten haushaltstechnischen Schritt abzusichern versuchen. Seine Piouetten als selbsternannter Bankdirektor wurden hier im Parlament schon mehrfach auseinandergenommen. Diese Landesregierung – allen voran der Ministerpräsident und der Finanzminister – trägt neben dem „Lautsprecher“ Papke aus der FDP-Fraktion die Verantwortung dafür, dass die WestLB trotz milliardenschwerer Rettungspakete bis heute immer noch keine vernünftige Perspektive und kein vernünftiges Geschäftsmodell hat.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, statt sich um die Konsolidierung des Landesbankensektors zu kümmern, bei der die WestLB eine angemessene Rolle spielen könnte, haben Sie durch Ihr Verhalten dafür gesorgt, dass der Ruf der Bank dramatisch

beschädigt worden ist, und das Vertrauen aller möglichen Partner für eine vernünftige Zusammenarbeit ist verlorengegangen. Das haben Sie, Herr Linssen, und Ministerpräsident Rüttgers zerstört. Sie haben einen gigantischen Scherbenhaufen hinterlassen, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes mit einem noch gigantischeren finanziellen Aufwand werden entsorgen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit der vorgeschlagenen Risikoabschirmung werden die Geschäftsrisiken dieser Bank sozialisiert. Der Skandal wird auch nicht dadurch kleiner, dass die neue Gesellschaft nicht in der Karibik – so war es zuerst angedacht –, sondern „nur“ in Irland angesiedelt wird. Es muss die Frage gestellt werden: Warum wird sie nicht hier in Nordrhein-Westfalen angesiedelt? Was sind wir denn hier?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Linssen beeilt sich immer vorzutragen, dass auch andere Landesbanken in ganz beträchtlicher Weise in eine Schieflage geraten sind; Frau Freimuth und Herr Klein haben das auch getan. Was will er uns denn damit sagen? Was soll das? Will er uns weismachen, dass alles gar nicht so schlimm ist? Ich sage Ihnen: Es ist schlimm genug. 5 Milliarden € Risiko, von denen die ersten 2 Milliarden € wohl schon sicher weg sind, sind ein finanzpolitisches Desaster für dieses Land.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Der amtierende Finanzminister hat sich in der Vergangenheit immer vehement und teilweise gegen den Willen seiner eigenen Fraktion für risikobehaftete und auch zumindest moralisch zweifelhafte Kreditgeschäfte der WestLB eingesetzt. Jetzt so zu tun, als ob er nie etwas mit der Politik der WestLB zu tun gehabt hätte und als ob alles über Nacht über ihn gekommen wäre, ist peinlich und zutiefst unglaublich.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den 5 Milliarden, die Sie jetzt in einem Rutsch beschließen wollen, könnten wir über ein Jahrzehnt komplett auf Studiengebühren verzichten oder Studienplätze schaffen und damit in die Zukunft unseres Landes investieren. Wir könnten den Besuch von Kindertagesstätten kostenfrei anbieten und so etwas für die Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in diesem Land tun.

Meine Damen und Herren, das könnten wir tun, tun es aber nicht. Stattdessen kommt es durch die Einnahmeausfälle bei den Sparkassen und den

Steuerausfällen bei den Kommunen infolge der Stützungsaktionen für die WestLB zu weiteren millionenschweren Belastungen, die die Kommunen gerade auch im Kindertagesstättenbereich zu weiteren Kürzungen veranlassen werden. Besonders die ertragsschwachen Kommunen werden darunter leiden und sind von der WestLB-Krise ganz besonders hart betroffen. Das sind wiederum die Menschen, die in den Städten wohnen.

Meine Damen und Herren, Sie können an der Stelle ruhig auch einmal Applaus spenden; denn das wird uns alle noch sehr hart treffen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Stattdessen lassen Sie sich medienwirksam für das KiBiz feiern. Tatsächlich haben Sie sich in dieser Frage nur massiv verrechnet.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ja!)

Trotz aller Warnhinweise haben Sie im KiBiz und im Kindertagesstättengesetz keine Bedarfsdeckung organisiert, sondern bieten den Eltern, die Unterstützung und Betreuung für ihre Kinder suchen, einen Mangel an. Die Eltern stehen Schlange vor den Kitas, bekommen aber nicht die Betreuungszeiten, die ihnen zustehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Gegenruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das hören Sie nicht gerne, Herr Witzel!)

– Herr Witzel, Sie bekommen eben nicht die Betreuungszeiten, die Ihnen zusteht. Sie stehen Schlange vor den Kitas und bekommen nicht die Betreuungszeiten, die Sie eigentlich haben müssten.

Das KiBiz ist alleine von Landesseite aus mit 150 Millionen € völlig unterfinanziert.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Zum Thema!)

Die weiteren 150 Millionen €, die teilweise auch finanzschwache Kommunen hinzufügen müssen, gehen auf das Konto Konnexität, über das ich heute gar nicht reden will.

Meine Damen und Herren, auch aus den spektakulären Steueraffären – Stichwort „Liechtenstein“ – ziehen Sie in diesem Nachtragshaushalt keinerlei Konsequenzen. Statt endlich für mehr Personal in den Finanzämtern und bei der Steuerfahndung zu sorgen, bauen sie weiteres Personal ab.

Steuerflüchtlinge sind beim Landtag Nordrhein-Westfalen und seiner Mehrheit sowie bei der Landesregierung offenbar gut aufgehoben. Auch in dem Zusammenhang werden wir das Beratungs-

verfahren zum Nachtragshaushalt dazu nutzen, für eine gerechtere Steuererhebung zu werben.

Natürlich stimmen wir der Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes in das Beratungsverfahren der Ausschüsse zu. Dieses Beratungsverfahren werden wir intensiv dazu nutzen, das WestLB-Desaster, das durch die hausgemachten Fehler der Landesregierung verursacht worden ist, aufzuarbeiten. Wir kritisieren schon heute, dass der Finanzminister erneut die Chancen für eine Konsolidierung der Landesfinanzen und eine gerechtere Einnahmenpolitik hat verstreichen lassen. Dass für das KiBiz sowie für neue Steuerfahnder und Betriebsprüfer kein Haushaltsansatz da ist, kritisieren wir ebenso. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Nun hat für die Landesregierung noch einmal Herr Finanzminister Dr. Linssen das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne zu dem, was die Opposition vorgetragen hat, ein paar Sätze verlieren.

Herr Groth, ich will mich nur kurz mit Ihnen beschäftigen. Um es klar und deutlich zu sagen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist selbst unter Ihrem Niveau.

(Beifall von der CDU)

Herr Groth, für wie dumm halten Sie die Leute eigentlich? Sie sprechen von 5 Milliarden € Garantie, als seien das Verluste. Sie sprechen davon – als einziger, der das offensichtlich weiß –, dass davon ja schon 2 Milliarden € mit Sicherheit ausfallen würden. Das ist erstunken und erlogen. Das wissen Sie auch.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann verbinden Sie 5 Milliarden Garantie – „Garantie“, nicht „Ausfall“! – mit KiBiz, mit Finanzamtsproblemen, mit Liechtenstein. Es ist unter der Würde dieses Hauses, was Sie hier machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich würde mich jetzt gerne der Kollegin Walsken zuwenden, die folgende Punkte vorgetragen hat: Ihr fällt nichts anderes ein, als immer wieder die LBBW als die allein seligmachende Lösung für die Landesbank vorzutragen und darauf hinzuweisen, dass das angebliche Zögern und Zaudern des Mi-

nisterpräsidenten, an dem ich mich gegebenenfalls noch beteiligt hätte oder auch nicht, dazu geführt habe, dass wir vor eben diesem Problem stehen.

Sie haben Gott sei Dank auf die Zwischenfrage des Kollegen Krückel sehr deutlich gemacht, dass wir das gleiche Problem mit den 5 Milliarden € und den 23 Milliarden € Portfolio hätten, wenn wir mit der LBBW zusammengegangen wären, weil die natürlich die Risiken ausgeschlossen hätte.

(Gisela Walsken [SPD]: Und Sie?)

Also sprechen wir über genau den gleichen Sachverhalt.

(Weitere lebhaftere Zurufe von Gisela Walsken [SPD])

Sie werden über kurz oder lang vielleicht auch noch zu der Erkenntnis kommen, dass es aus vielerlei Gründen richtig war, nicht mit der LBBW zusammenzugehen. Deutlicher will ich mich hier gar nicht einlassen. Das werden auch Sie noch erleben, Frau Walsken.

Es sind nicht persönliche Animositäten und Eitelkeiten gewesen, wie Sie es immer wieder vortragen, sondern es gab ganz rationale Gründe im Interesse Nordrhein-Westfalens.

(Lebhafter Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

– Ich weiß, dass Sie das nicht hören mögen.

Als der Kollege Schartau in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung danach fragte, warum wir den Nachtragsantrag eingeleitet hätten mit Bemerkungen in Richtung Boxclever, Boullioun und langjährigen Spekulationsgeschäften, habe ich ihm – das tue ich hier und jetzt auch – geantwortet:

Wenn Sie permanent insinuierten, mit diesen 5 Milliarden € Garantie sei das Elend über das Land Nordrhein-Westfalen gekommen, und dann versuchen, daraus auch noch reale Verluste für den Landeshaushalt zu machen, werden wir es nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass zu Zeiten Ihrer Regierung die WestLB in den Jahren 2002, 2003 und 2004 zusammen 4,8 Milliarden € Verlust generiert hat. Frau Walsken, das waren echte Ausfälle. Hier sprechen wir über eine Garantie.

Wenn man so wie Sie im Glashaus sitzt, ist es unglaublich, derart mit Steinen zu werfen. Die fallen auf Sie zurück.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Frau Walsken, Sie haben gesagt, durch eine Zweckgesellschaft, die sich viele Menschen wünschten, sei die Bank – oh Wunder! – wieder heil geworden. Sie wissen aber ganz genau, dass wir den Verlust im Jahre 2007 mit 1,6 Milliarden € in erster Linie durch Buchverluste hatten, durch Wertberichtigungen, die vorgenommen wurden, keine echten Ausfälle.

Jetzt haben wir Buchgewinne. Insinuiieren Sie doch bei den Leuten, die uns zuhören, nicht, dass es irgendwie eine wunderbare Sache wäre, die sich jeder wünschte, als gäbe es irgendetwas Unregelmäßiges, was nicht korrekt wäre.

Sie haben dann gefragt: Warum – das hat Herr Groth auch betont – sitzt die Gesellschaft nicht hier? Ich habe Ihnen alle Unterlagen streng vertraulich zugeleitet. Wenn Sie hätten lesen können, dann wüssten Sie,

(Ute Schäfer [SPD]: Unverschämtheit!)

warum die Gesellschaft in Dublin sitzt.

(Gisela Walsken [SPD]: Das steht nicht drin, dass sie in Dublin sitzt! Sagen Sie, auf welcher Seite das steht!)

– Ich habe es Ihnen vorhin vorgetragen, Frau Walsken. Lesen Sie doch meine Rede von vorhin nach. Ich habe es doch vorhin gesagt.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie haben nur von einer Rechtslage gesprochen. – Gisela Walsken [SPD]: Sagen Sie, wo es steht!)

Wenn Sie zugehört hätten, Frau Walsken, dann wüssten Sie, dass ich auf die Kompetenz des Standorts Dublin hingewiesen habe, dass es solche Dienstleistungen in Deutschland in dieser speziellen Sache nicht gibt. Deshalb hat doch auch die von Ihnen geführte Bundesregierung – das wissen Sie doch auch – die Verbriefung der Pensionsverpflichtungen in Sachen Post nach Dublin gelegt.

(Gisela Walsken [SPD]: Glauben Sie, das wäre besser, Herr Minister?)

Sie werden doch Ihren Leuten nicht unterstellen, Frau Walsken, dass sie nicht gewusst hätten, was sie taten.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist genauso zu kritisieren! – Dr. Jens Petersen [CDU]: Frau Walsken, das steht auf Seite 12!)

– Sie haben doch vorhin gehört, was ich gesagt habe, Frau Walsken. Also echauffieren Sie sich nicht so.

(Fortdauernd Zurufe von Gisela Walsken [SPD])

Zum Schluss haben Sie gesagt: Wir müssen noch prüfen. Wir haben Fragen über Fragen. – Sie konnten aber alles in den Ihnen vertraulich zugesandten Unterlagen nachlesen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Eben nicht!)

Eine solch umfangreiche Information hat Ihnen, glaube ich, kein Finanzminister über vergleichbare Fälle zugeleitet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Der hat auch nicht 10 % als Risiko ausgewiesen! – Gisela Walsken [SPD]: Der hat auch nicht solche Gesellschaften gegründet!)

– Ich sprach von vergleichbaren Fällen. Die müssen nicht die gleiche Summe erreicht haben, Frau Kraft. Im Übrigen waren Sie vorhin nicht da. Sie haben nicht zugehört. Also halten Sie sich ein bisschen zurück.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Walsken, ich wollte Ihnen, da Sie gesagt haben: „Wir müssen prüfen, ob der Landeshaushalt solche Belastungen zulässt“, antworten: Sie haben seinerzeit den Wert der WestLB-Anteile bei der NRW.BANK mit 2,487 Milliarden € verbürgt. Wir kommen auf die Summe von 5 Milliarden € ja nur, weil wir im Außenverhältnis für die anderen Eigentümer die Garantie mit aussprechen. Deshalb erreicht sie die Höhe von 5 Milliarden € und nicht, wie es eigentlich sein müsste, 3,75 Milliarden €. Der Anteil des Landes wäre bei quotaler Verteilung auf die Eigentümer nur 1,9 Milliarden €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sind ja nur Peanuts!)

Sie haben seinerzeit eine Garantie von 2,487 Milliarden € ausgesprochen. Wir hätten eine Garantie von 1,9 Milliarden € aussprechen müssen. Was wir tun, tun wir insbesondere zum Schutze der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie ganz genau. Deshalb übernehmen wir 3 Milliarden € mehr, nämlich die, die über 2 Milliarden € hinausgehen. Sie klagen uns dafür an, dass wir beantragen, dies im Haushaltsgesetz zu verankern.

Wir werden sicherlich Gelegenheit haben, intensiv darüber zu sprechen. Ich wünschte mir nur ein etwas besseres Niveau als das, was die beiden Oppositionsvertreter heute an den Tag gelegt haben.

(Beifall von CDU und FDP- Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das war nicht Ihr Niveau!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um zehn Minuten und 44 Sekunden überzogen hat. Aufgrund der engagierten Debattenbeiträge und der Zwischenrufe habe ich entschieden, den Minister ausreden zu lassen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses ebenfalls die Möglichkeit haben, ihre Redezeit zu überziehen. Ich weise aber auch darauf hin, dass Sie zwar die Redezeit in Anspruch nehmen können, aber nicht zwingend müssen.

Der Kollege Börschel hat jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin, ein Teil meiner Replik erübrigt sich allein schon deswegen, weil ich Sie als amtierende Präsidentin auf Ihre eben gehaltene Rede nicht ansprechen darf. Insofern ist ein Teil dessen, was ich gerne sagen würde, dadurch erledigt.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Linssen, die Art und Weise, wie Sie eben über das Niveau der Parlamentsdebatte gesprochen haben, zeigt, wie angefressen und wie persönlich betroffen Sie sind, und zwar völlig zu Recht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist schon ein seltenes Beispiel von Geschichtsklitterung, was Sie wiederholt probieren, wenn Sie hier in ursprünglich fünf Minuten das Thema aufarbeiten wollen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie hatten dieses Thema eigentlich in fünf Minuten aufarbeiten wollen, ein Thema, bei dem es um eine Garantie von 5 Milliarden € geht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Der Ältestenrat legt die Redezeit fest!)

Sie haben versucht, die Geschichte der WestLB Revue passieren zu lassen. Geschichtsklitterung bleibt es von Anfang bis Ende. Herr Finanzminister, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann hätten Sie die Westdeutsche Landesbank AG doch längst mit der Sachsen LB fusioniert. Gottlob haben die Sparkassenverbände Sie seinerzeit ausgebremst. Ansonsten hätten Sie nämlich die WestLB in dieses Konstrukt mit der Sachsen LB geführt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Welche Katastrophe uns dann am Horizont erschienen wäre, darüber müssen wir sicherlich nicht ernsthaft diskutieren.

Es bleibt dabei – auch das kann hier noch einmal und zur endgültigen Richtigkeit gesagt werden –: Der Ministerpräsident höchstpersönlich hat aus ausschließlich persönlichen Motiven den Beitrag der WestLB im Konsolidierungsprozess der Landesbanken blockiert. Eine Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg, die natürlich zu verhandeln gewesen wäre – es steht doch nicht von vornherein fest, wer im Führerhaus und wer daneben sitzt und wie die Verhältnisse sind; natürlich muss das besprochen werden –, wäre der richtige Weg gewesen. Sie haben ihn blockiert, dadurch wichtige Zeit verloren und damit das Land Nordrhein-Westfalen und die WestLB in noch größere Schwierigkeiten als ohnehin schon geführt.

Zum Nachtragshaushaltsgesetz selbst: Für ein Modell – das haben Sie eben noch einmal dargestellt – in der beabsichtigten Größenordnung, nämlich 10 % des Landeshaushalts als Garantiesumme, und in der von Ihnen mit ausgehandelten Komplexität ist Ihr Nachtragshaushaltsentwurf sozusagen von aufreizender Schlichtheit. Wenn Sie das Parlament wirklich in seiner Gesamtheit gewinnen wollen – Sie tun ja immer noch so, als wollten Sie das –, dann müssen Sie eine Menge Fragen mehr als zufriedenstellend beantworten. Nichts davon haben wir bislang, auch nicht in dieser Debatte, erlebt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Herr Finanzminister, lassen Sie mich doch ausreden. Dann müssen Sie sich auch gar nicht so aufregen.

Es reicht eben nicht – darauf wollte ich eben zu sprechen kommen, als Sie mich bei dem Dank in Ihre Richtung unterbrochen haben –, hier flächendeckend Unterlagen zu verteilen. Das ist ein erster Schritt, für den ich Ihnen danke, weil es wichtig ist, uns mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Vielmehr müssen Sie das auch parlamentarisch übersetzen und in die offene Debatte ordnungsgemäß einbringen.

Noch einmal: Herr Finanzminister, Sie erzählen uns viel, lang und breit, Sie geben uns Unterlagen an die Hand – auch das ist insoweit korrekt, wofür ich Ihnen eben den Dank ausgesprochen habe –, aber wir beraten und beschließen heute über das Nachtragshaushaltsgesetz 2008. Diese paar Blättchen des Nachtragshaushaltsgesetzes 2008, die Grundlage der parlamentarischen Debatte und

Beratung sind, sind von so aufreizender Schlichtheit und von derart fehlendem Informationsgehalt, dass es eine glatte Unverschämtheit dem Parlament gegenüber ist, über so etwas überhaupt zu debattieren und zu diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Es gibt nämlich eine Menge von Fragen zu konkreten Transaktionen, aber eben auch zum Nachtragshaushaltsgesetz selbst, nämlich, Herr Finanzminister – zu einigen davon schon jetzt und hier –:

In welcher Höhe sollen die Schuldverschreibungen, die zur Refinanzierung der Zweckgesellschaft durch die WestLB ausgegeben werden sollen, am Kapitalmarkt platziert werden, und welche Auswirkungen hat das auf den Kapitalmarkt? Durch wen ist die Höhe des Garantieschirms als ausreichend bewertet worden?

In den Unterlagen, die Sie uns zur Verfügung stellen, schreiben Sie immer nur, es sei so, aber ich frage, durch wen das passiert ist. Wie dokumentiert? Auch davon bislang keine Rede.

Und wie ist man schlussendlich auf die Summe von 5 Milliarden € überhaupt gekommen? – Sie sagen, dass damit die Class B Notes abgesichert werden sollen. Die große Frage ist: Hat die WestLB überhaupt Class B Notes in dieser Größenordnung im Portfolio, oder sind damit nicht auch Absicherungen auch in anderen Portfolio-Bereichen beabsichtigt? – Auf alles das bislang keine befriedigende Antwort.

Wenn man sich das Nachtragshaushaltsgesetz vor Augen führt, werden im Grunde die Intransparenz und die Verschleierungsstrategie erst recht deutlich. Sie führen aus – im Haushaltsgesetz schriftlich und eben auch noch einmal mündlich –, durch den Nachtrag entstünden keine Kosten, es werde keine Ausweitung des Haushaltsvolumens vorgenommen und es würden auch keine neuen Schulden aufgenommen. So weit, so gut. Das mag derzeit, jetzt und heute, formell korrekt sein.

Aber – das wissen Sie, Herr Finanzminister, das mussten Sie sich auch von den zuständigen Gerichten schon das eine oder andere Mal ins Stammbuch schreiben lassen – es gibt nun einmal das Verfassungsprinzip von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Das heißt übersetzt, dass alles, was bekannt ist, sich im Haushalt wiederfinden muss, und das auch noch transparent. Das geschieht hier eben nicht. Das ist doch das Problem. Denn – auch das wissen Sie, Herr Finanzminister – nach dem von Ihnen mit ausgehandeltem Kontrakt können Zahlungen auf Ausfäl-

le, und zwar auch in Tranchen, extrem kurzfristig fällig werden. Dann wird aus einer Garantie – Sie haben eben vollkommen zu Recht gesagt, dass es bislang nur eine Garantie ist – doch flugs cash.

(Zustimmung von der SPD)

Und wenn es cash wird und damit unmittelbar den Landeshaushalt betrifft, dann kommt es zu haushaltsmäßigen Auswirkungen und bleibt nicht bloß die Garantie, die möglicherweise nicht gezogen wird. Dann drängen sich doch die Fragen auf, auf die Sie bislang nicht einmal andeutungsweise eine Antwort gegeben haben, nämlich: Aus welcher Haushaltsstelle kommt denn das Geld, wenn Sie innerhalb kürzester Zeit die Garantie ziehen müssen? Handelt es sich dann um über- oder außerplanmäßige Ausgaben? Wie decken Sie diese Ausgaben? Wie lange können Sie solche Transaktionen überhaupt aus dem Haushalt finanzieren, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen? Und wann sind Sie zu einem weiteren Nachtragshaushalt gezwungen, wenn die Garantie gezogen wird?

All das dokumentiert doch: Sie legen hier in einer ersten Tranche kleinste Scheibchen auf den Tisch über ein Nachtragshaushaltsgesetz, das schon morgen von gestern sein kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist vollkommen klar, weil das passiert, was Sie zur Risikoabdeckung hier erreichen wollen, aber nicht erreichen können, da noch eine ganze Menge fehlt. Deswegen werden wir uns wiedersehen. Sobald die Garantie gezogen wird und sobald auch nur einzelne Tranchen innerhalb von zehn Tagen – so sieht es der Kontrakt vor – zu einer Cash-Zahlung führen, müssen Sie doch sagen, woher das Geld kommt, wie Sie das verbuchen und wie Sie das machen. Sie haben keine Deckungsringe, Deckungskreise und all diesen Kram. Das müssen Sie hier belegen.

Deswegen – das ist unser dringender Appell, nicht nur für eine breite Beteiligung des Parlaments insgesamt, sondern auch, wenn man Sie an Ihren eigenen Worten messen will, dass Sie hier offen und transparent schildern und das Parlament einbeziehen wollen –: Legen Sie kräftig nach, machen Sie mehr Transparenz statt Verschleierung, und legen Sie die Folgen Ihres Tuns offen! Das ist das, was das Parlament erwarten kann.

Ein Letztes am Rande. Der Kollege Klein hat sich – das kann man, meine ich, aus seiner Rede sehr gut nachvollziehen – nicht umsonst entschieden, sein Heil eher in Berlin als weiterhin in Düsseldorf als finanzpolitischer Sprecher der Koalitionsfraktio-

nen zu suchen. Das kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich möchte Ihnen allerdings in Bezug auf den Schluss Ihrer Rede, Herr Kollege Klein, eine Wette anbieten. Sie haben gesagt, dass Herr Linssen zum Ende der kommenden Legislaturperiode als Finanzminister vom Erfolg dieser Operation berichten kann. Ich gehe die Wette mit Ihnen ein und biete sie Ihnen an zu einem Einsatz Ihrer Wahl und Ihres Vorschlags: Herr Linssen wird zum Ende der nächsten Wahlperiode keinesfalls als Finanzminister vom Erfolg dieser Operation berichten. Das sind gleich mehrere Konditionen.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Selbst Mitte oder Ende, weder als Finanzminister noch vom Erfolg. Das ist sicher. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vorhin die Ausbrüche von Frau Walsken und Frau Kraft gehört habe, fiel mir ein Zitat aus Schillers „Glocke“ ein. Ich will es aber lieber verschweigen. Wir sollten aber mit ein bisschen mehr Sachlichkeit und Ernst an die Sache herangehen.

Frau Walsken, Sie haben gesagt, die Verantwortlichen, der Ministerpräsident und der Finanzminister, müssten zurücktreten. Ich stelle fest: Das ist in diesem Falle nun wirklich nicht erforderlich, weil die Verantwortlichen, Herr Ministerpräsident Steinbrück und Herr Finanzminister Dieckmann, bereits abgewählt sind. Also braucht aus der aktuellen Regierung überhaupt niemand zurückzutreten.

(Zurufe von der SPD)

Bei Ihrer Argumentation, verehrte Frau Kollegin, sind Sie exakt der Logik gefolgt, die auch Frau Kraft als Fraktionsvorsitzende in ihrer ersten Rede nach dem Regierungswechsel hier vorgetragen hat. Im Brustton der Überzeugung hat sie gesagt: Das sind jetzt eure Schulden. – Die Schulden, für die Sie abgewählt wurden, mit denen Sie dieses Land halbwegs in den Ruin geführt haben, das sind jetzt unsere Schulden. Na selbstverständlich. Wenn Sie diese Argumentation übernehmen, dann sind das auch die Versäumnisse unserer Regierung, die Sie angerichtet haben. Herr Linssen hat schon einmal ausgeführt, wie Sie als Verantwortliche für die WestLB 5 Milliarden € bares

Geld verbraten haben, während es jetzt virtuelles Geld ist. Das ist ein großer Unterschied. Dazu kommen wir noch.

Jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Hätten wir denn keinen Risikoschirm ...

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Herr Börschel, Sie müssen ganz still sein. Bringen Sie doch erst einmal Ihre alten Klamotten in Köln in Ordnung, dann können Sie hier weiterreden!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, hätten wir denn keinen Risikoschirm aufspannen sollen? Hätten wir etwa die WestLB in Insolvenz gehen lassen sollen? Was wäre denn die Folge gewesen? – Die Folge wäre gewesen, dass dies die halbe Sparkassenfamilie mitgerissen hätte. Kollege Börschel, Sie wissen doch ganz genau, dass die Sparkassen 45 Milliarden € Anleihen der WestLB in den Büchern haben. Wenn die WestLB wackelt, dann wackeln alle Sparkassen, und Ihre Sparkasse wackelt zuallererst. Seien Sie doch froh und dankbar, dass wir auf diese Art und Weise versucht haben, auch das Sparkassenlager zu stabilisieren.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ich dachte, es wäre virtuelles Geld! Er weiß nicht, wovon er spricht!)

Interessanterweise hat das Sparkassenlager das mittlerweile auch verstanden. Krawall gibt es ja nur noch hier, nicht mehr zwischen den Eigentümern. Das wissen Sie doch ganz genau.

Herr Groth, Sie haben über das Risiko gesprochen. Ja, es ist ein Risiko, aber es ist etwas anderes als ein tatsächlicher Verlust. Es ist ein Risiko folgender Art: Sie kaufen beispielsweise Volksaktien, die plötzlich in den Keller fallen. Wenn Sie diese Aktien zu dem Zeitpunkt verkaufen, wo sie im Keller sind, dann machen Sie einen Verlust. Wenn Sie sie halten, dann können sich diese Aktien wieder erholen. Genau das ist die Aufgabe dieses Risikoschirms, dafür zu sorgen, dass der Verlust nicht eintritt. Die Restlaufzeiten der Papiere liegen noch zwischen sieben und 15 Jahren. Am Ende wird man sehen, welcher Verlust tatsächlich entstanden sein wird oder ob die Zweckgesellschaft nicht in der Zwischenzeit auch gute Gewinne gemacht hat.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Frau Walsken, Sie haben gefragt, warum eine solche Zweckgesellschaft ausgerechnet in Irland

sitzt. Ich kann dazu nur Folgendes sagen: Zeitung lesen bildet manchmal. Die „Financial Times Deutschland“ hat am 15. April einen großen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Und ewig lockt die grüne Insel“ und hat darin genau erklärt, warum man eine solche Zweckgesellschaft in Irland schaffen muss. Im Übrigen hat der Präsident der BaFin genau dies den Eigentümern empfohlen.

Noch ein Trost zur Gewerbesteuer: Sie sprechen davon, dass hier die Gewerbesteuereinnahmen ausfallen. Die internationalen Investoren hätten sich diese sowieso vergüten lassen. Wenn aber diese Zweckgesellschaft beispielsweise in Düsseldorf säße und wenn denn Gewerbesteuer anfiel, dann würden die armen Kölner davon nichts abbekommen. Es kann doch nicht wahr sein, dass Sie das wirklich als ernsthaftes Argument gebrauchen.

Wir wären alle gut beraten, dafür zu sorgen, dass langsam wieder Ruhe in die Debatte kommt. Der Kollege Klein und die Kollegin Freimuth haben schon die Wirtschaftspresse zitiert. Die Wirtschaftspresse, die anfänglich durchaus kritisch mit dem Fall WestLB umgegangen ist, vertritt mittlerweile die Überzeugung, dass das die Blaupause für die Lösung der Krise bei anderen ist. Auch wenn sie furchtbar geschimpft hat auf das, was in Nordrhein-Westfalen passiert ist – selbstverständlich freuen wir uns auch nicht darüber –, ist dazu zu sagen, dass hier wenigstens sehr früh die Karten auf den Tisch gelegt worden sind, während alle anderen jetzt scheinbar mit den Informationen herauskommen. Gucken Sie sich an, was bei anderen Landesbanken, beispielsweise in Bayern, in den letzten Wochen passiert ist und was bei der Nordbank passiert! Dort kommt jetzt scheinbar die Wahrheit heraus. Bei vielen Geschäftsbanken kommt auch scheinbar die Wahrheit heraus. Hier liegt sie auf dem Tisch. Das Risiko ist absehbar und abgesichert. Jetzt ist es an uns, dafür zu sorgen, dass in aller Ruhe diese Blaupause – diese Konstruktionszeichnung – für die Sanierung einer großen Landesbank in ein vernünftiges Werkstück umgesetzt wird.

Ich bin mir sehr sicher, Herr Kollege Börschel – ich nehme die Wette gerne an –, dass der Finanzminister am Ende der nächsten Legislaturperiode die Sanierung der Landesbank als Erfolg in diesem Hause wird verkünden können. Im Augenblick hat er die Gesundheit, und man soll Gottes Barmherzigkeit keine zu engen Grenzen setzen. Also: Wenn der liebe Gott mitspielt – politisch wird der Wähler im Land schon mitspielen –, bin ich davon überzeugt.

Wie gesagt, wir haben die Krise nicht ausgelöst. Wir haben nicht die Geschäftsvorfälle zu vertreten, die zu den Problemen geführt haben. Wir haben jetzt die Suppe auszulöffeln. Das tun wir, weil das unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. Aber ziehen Sie sich einmal fein an der eigenen Nase, seien Sie friedlich und – noch einmal ein persönlicher Ratschlag –, verehrter Herr Kollege Börschel, kümmern Sie sich um das, was in Köln und Bonn läuft! Wenn Sie erklären, die Stadt müsse 200 Millionen € in die Sparkasse geben, und zwar nicht wegen irgendwelcher Krisen oder irgendwelcher Fehlspekulationen beispielsweise beim Halten von RTL, sondern damit die Kreditfähigkeit für den Mittelstand aufrechterhalten werden kann, muss ich dazu sagen: Mir fehlen fast die Worte dafür, dass man so etwas ernsthaft in der Öffentlichkeit verkauft. Das kann nicht wahr sein. Seien Sie also friedlich!

Der Finanzminister hat diese Krise ganz ausgezeichnet gemanagt. Die Einigkeit im Eigentümerlager ist wieder hergestellt. Das Konzept wird jetzt Schritt für Schritt umgesetzt. Wenn Sie wollen, dass es schnell weitergeht, und wenn Sie wollen, dass unsere Sparkassen auch diesen Schutzschirm haben – allein können sie das ja nicht stemmen, auch wenn sie Mehrheitsgesellschafter sind; wir gehen weit über das hinaus, was wir eigentlich leisten müssten –, dann stimmen Sie dem Nachtrag zu!

All die Fragen, die Sie en detail gestellt haben, wer was wo platzieren wird und was es dafür gibt, sind doch, lieber Herr Kollege Börschel, Angelegenheiten, die Sie im Kreise des Mehrheitsgesellschafters – Sie gehören doch allen Gremien an – besprechen können. Sie sollten im Landtag endlich damit aufhören, immer wieder ein Feuerchen anzuzünden. Diese Bank braucht Ruhe, damit man ein vernünftiges Konzept umsetzen kann. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Weisbrich, was die göttliche Gnade für den Finanzminister angeht, die Sie gerade erlebt haben, da unterstützt Sie sicherlich das komplette Hohe Haus. Wir wünschen uns auch, dass er gesund bleiben möge, aber nicht, dass er bis ans Ende der nächsten Legislaturperiode Finanzminister bleibt. Das kann sich

dieses Land Nordrhein-Westfalen eben nicht leisten. Das sehen wir in diesen Tagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie fangen bei der Konsolidierung der Bank schon wieder mit einem Steuersparmodell Irland an. Meine Damen und Herren, wie wollen Sie das im Lande erklären? Das ist doch eine Geschichte für die „Bild“-Zeitung. Das darf nicht wahr sein. Es ist überhaupt nicht erklärt, warum diese Gesellschaft nicht ihren Sitz auch hier in der Bundesrepublik oder in Nordrhein-Westfalen haben könnte.

Herr Weisbrich, zu Ihrer Aufforderung an den Kollegen Börschel, erst einmal zu Hause alles in Ordnung zu bringen, kann ich nur sagen: Wenden Sie sich erst einmal an Ihre Kollegen von der CDU, an die Herren Schramma und Bietmann! Da könnten Sie gut aufräumen. Dann könnte es in Köln auch mal wieder anders aussehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Finanzminister, erlauben Sie mir noch den Hinweis: Als ehemaliger Sonderschullehrer weiß ich sehr wohl zwischen einem Risiko und einem tatsächlich eingetretenen Verlust zu unterscheiden. Aber wir haben doch schon jetzt zumindest die Buchverluste von 2 Milliarden € zu verzeichnen. Nur weil Sie in eine Krise geraten sind, lagern Sie doch jetzt diese Papiere aus, damit sie dann überwintern können.

Pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen stehen 277 € im Risiko. Nein, die sind noch nicht verloren. Aber spätestens Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres werden Sie Haushaltsansätze dafür einbringen müssen, dass die Verluste abgedeckt werden. Dann werden die Garantien aus dem Risikoschirm gezogen. Er wird langsam abblättern. Er wird sozusagen durchscheinend werden, und die Sonne wird richtig draufknallen. Dann wird offenbar werden, was in diesen Kreditgeschäften wirklich gesteckt hat, und das ist ein hohes Risiko.

Wir werden die genauen Verlustzahlen natürlich noch bekommen. Nach der langen Zeit in diesem Hohen Haus weiß ich das sehr wohl zu unterscheiden.

Meine Damen und Herren, das, was in der internationalen Finanzpolitik passiert, ist ein Schmierstück.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier wird Turbokapitalismus zulasten der Allgemeinheit veranstaltet. Es gibt ein paar ganz unglaubliche Figuren, die auch noch daran beteiligt

sind. Die sogenannten Experten in den privaten Banken verzocken Milliardenbeträge, und jetzt, wenn es eng wird, rufen sie nach dem Staat.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ausgerechnet Herr Ackermann von der Deutschen Bank fordert mehr staatliche Regulierung – man höre und staune –, aber nur so lange, bis die erste Durststrecke überwunden ist. Wenn die erste Durststrecke überwunden ist, wollen die Zocker auf den internationalen Finanzmärkten wieder weiterspielen. Aber nicht mit uns! Das ist doch die schlimmste Verhöhnung, die sich die steuerzahlende Bevölkerung seit langer Zeit gefallen lassen musste. Dabei machen wir Grüne nicht mit.

Aber im Übrigen auch Herrn Bundesfinanzminister Steinbrück und die vielen anderen, die jetzt nach einer verstärkten Bankenaufsicht rufen, konnte ich in den letzten Jahren nicht hören. Auch diese Herren haben immer all jene beschimpft, die sich in der Vergangenheit für mehr Transparenz und eine bessere Kontrolle auf den Finanzmärkten eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daran werden wir auch hier noch arbeiten müssen. In der Bundesrepublik, international, aber auch in Nordrhein-Westfalen muss man sich Gedanken darüber machen, wie man solche Sachen wieder auf einen vernünftigen Weg bringt, auf einen Weg, der transparent ist und wo es die nötige staatliche Aufsicht und die Regularien gibt, damit es nicht noch einmal zu einem solchen Desaster kommt.

Was mich mehr mit Sorge erfüllt, ist die europäische Perspektive in dieser Frage: Wie wird die Genehmigung aussehen? Ich befürchte – das sage ich Ihnen heute sehr deutlich und sehr offen –, dass es mit der Genehmigung nicht so einfach wird.

Wer garantiert uns denn, dass nicht tatsächlich ein Verkauf, ein Teilverkauf oder eine Aufspaltung der WestLB drohen? Wer garantiert uns denn, dass darüber nicht Private in das Ganze einsteigen? Wer garantiert uns denn, dass es dann nicht zu einer Konzernbildung kommt und das öffentliche Sparkassenwesen insgesamt vor der Wand steht?

Meine Damen und Herren von der schwarzgelben Koalition, Sie wollen mit dem Sparkassengesetz in den nächsten Tagen noch einmal Zeichen setzen

(Volkmar Klein [CDU] nickt.)

– und zwar Zeichen in die falsche Richtung, Herr Klein. Da brauchen Sie gar nicht so freundlich zu nicken.

(Beifall von den GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Sie werden, wenn Sie so weitermachen, zu den Totengräbern des öffentlichen Bankensektors werden. Das ist es, was am Ende hinter der Politik Ihrer Koalition stehen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Aber die FDP macht mit!)

Meine Damen und Herren, in dieser Frage bin ich in großer Sorge. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man bei diesem Desaster, dem größten Finanzdesaster in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, mit einer solchen Chuzpe darüber hinweggehen kann, dass die Mehrheiten im Wesentlichen aus Mitgliedern Ihrer Fraktion – aus den Reihen der Partei CDU – gebildet worden sind. Sie haben die Verantwortung im Verwaltungsrat. Sie haben die Verantwortung im Aufsichtsrat. Sie sind diejenigen, die hätten Aufsicht führen müssen. Das waren nicht Grüne, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben das Desaster zu verantworten. Heute wollen Sie das Desaster kleinreden und so tun, als ob Sie nicht dabei gewesen wären.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Weisbrich [CDU]: Das ist albern! – Gegenruf von der SPD: Das können Sie nachrechnen!)

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden erleben, zu welchen Steuerausfällen es durch das Desaster kommt, das Sie angerichtet haben. Sie werden Sie am nächsten Wahltag auch danach beurteilen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von CDU und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Finanzminister Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur wenige Sätze noch: Herr Groth, das größte Finanzdesaster mit 112 Milliarden € echter Schulden hat uns Rot-Grün hinterlassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das wird hier von niemandem übertroffen, und daran werden wir Sie, wenn Sie so weitermachen, ständig erinnern.

(Zuruf von der SPD: Wie viel Schulden haben wir jetzt, Herr Minister? Das würde ich gerne wissen!)

Ich möchte Herrn Groth gerne nur noch sagen: Bei einer Genehmigung durch die europäische Behörde garantiert einem nie jemand etwas. Aber ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe: Wir sind in sehr guten, konstruktiven Gesprächen. Sie wissen auch, dass für die Genehmigung einer Rettungsbeihilfe ein Umstrukturierungsplan vorgelegt werden muss. All das habe ich Ihnen erklärt. In unzähligen Telefonkonferenzen habe ich Sie jeweils über den Sachverhalt informiert.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Damit bin ich bei dem Thema, das Herr Börschel angesprochen hat: Intransparenz und Verschleierungstaktik hat er mir vorgeworfen. Herr Börschel, ich sage Ihnen, das trifft mich sehr. Ich glaube nämlich: Nie hat ein Finanzminister so informiert, wie ich Sie informiere. Ich habe es in unzähligen Telefonkonferenzen gemacht. Ich habe Sie im Haushalts- und Finanzausschuss zu Ihrer vollsten Zufriedenheit informiert. Sie hatten überhaupt keine Fragen mehr. Und dann machen Sie hier dieses Theater.

Sie werden gleich um 14 Uhr, angeregt durch die Ausschussvorsitzende Frau Brunn, eine ausführliche Information zu diesem Thema erhalten. Sie haben fast 100 Seiten Informationen bekommen, und jetzt beklagen Sie hier, dass die Vorlage für den Nachtragshaushalt nicht ausreichend sei.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorlage?)

Sie wissen ganz genau, dass man den komplizierten Sachverhalt nicht in eine Vorlage hineinschreiben kann. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf von der SPD: Ein bisschen mehr wäre schon schön!)

Deshalb finde ich es schäbig, wenn Sie hier eine solche Tour reiten.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Schluss der Beratung des Tagesordnungspunktes 3.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/6470** an den

Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

4 Kopfnoten-Chaos sofort beenden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6515

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Hendricks von der SPD-Fraktion das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neu eingeführten Kopfnoten in Nordrhein-Westfalen sind vor Ort in den Schulen auf großes Unverständnis gestoßen. Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion, das Kopfnotenchaos sofort zu beenden, spiegelt daher nicht nur unsere Meinung, sondern auch die vieler Betroffenen wider. Seit Monaten sind Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer verunsichert, weil es zudem widersprüchliche Aussagen dazu gibt, wie mit den Kopfnoten zukünftig verfahren werden soll.

Die Schulministerin will langfristig an sechs Kopfnoten festhalten. Mitglieder der Koalitionsfraktionen fordern eine schnelle Reduzierung der Kopfnoten auf zwei. Frau Sommer stellt eine Reform der Praxis in Aussicht und will dazu alle Beteiligten befragen. Herr Kaiser eröffnet in einer Mitteilung, dass es bislang keine Entscheidung über eine Reduzierung der Kopfnoten gebe. Erst im Herbst solle die bisherige Vergabe bewertet werden und dann auf dieser Grundlage entschieden werden. Gleichwohl gibt Herr Kaiser auf dem Philologentag vor etwa 400 Lehrern bekannt: Wenn Sie meine persönliche Meinung hören wollen – ich glaube, dass wir mit zwei Noten ganz gut klar kommen.

Aus der Sicht der FDP-Fraktion ist dagegen die inhaltliche Aussagekraft der derzeit sechs Kopfnoten noch verbesserungswürdig. Die Kopfnoten seien zwar ein wichtiges Instrument, müssten jedoch noch klarer und verständlicher gemacht werden. Herr Witzel sagt dazu: Wo nachgesteuert werden muss, muss nachgesteuert werden.

Laut Frau Sommer sollen in diesem Jahr die Kopfnoten in zwei Durchläufen bis zum kommenden Versetzungszeugnis vergeben werden, und die Erfahrungen sollen abschließend im Herbst ergebnisoffen bewertet werden. Wie evaluiert wird, wie das Verfahren stattfindet, wissen wir nicht. Hiernach sei dann zu klären, ob es Nachbesserungsbedarf gebe. An der Einführung der Kopfnoten werde jedoch nicht gerüttelt, sagt Frau Sommer.

Gleichzeitig vertreten Sie, sehr geehrte Frau Sommer, die Auffassung, dass die Kopfnoten kein Experiment darstellen. Von diesem angeblichen Nichtexperiment sind in Nordrhein-Westfalen nur 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler betroffen. Ein kompletter Abschlussjahrgang wird dieses Jahr auf den Abschlusszeugnissen und auch auf den Abiturzeugnissen Kopfnoten erhalten. Kopfnoten auf Abiturzeugnissen sind bundesweit einmalig; das findet sich in keinem weiteren Land wieder.

Wie wollen Sie Schülern und Schülerinnen erklären, dass sie der einzige Jahrgang in Deutschland sind, die diesem Notenwust ausgesetzt sind? Die Abiturienten können sich dann mit dem Alleinstellungsmerkmal „Kopfnote aus NRW auf dem Reifezeugnis“ ein ganzes Leben lang bewerben. Wie wollen Sie den Schülern und Schülerinnen erklären, dass Sie gerade einen Feldversuch in Nordrhein-Westfalen durchführen? Die regierungstragenden Fraktionen distanzieren sich verbal von ihrem gerade erst verabschiedeten Schulgesetz – eigentlich ein Hohn –,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

weil sie schlicht und einfach die Kopfnoten hinterfragen, während Frau Sommer an den sechs Noten festhält. Derweil gehen Widersprüche gegen die Kopfnoten in den Regierungspräsidien ein. Zu Recht, denn die Noten auf den Abschlusszeugnissen, die für die Bewerbung im zukünftigen Leben von Bedeutung sind, sind nicht standardisiert, enthalten aber erzieherische Aussagen. Beide Ansprüche, standardisiert zu sein und keine erzieherischen Aussagen zu machen, erfüllen diese Kopfnoten nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die konfuse Debatte sollte aus unserer Sicht und auch aus der Sicht der Betroffenen schleunigst beendet werden. Dies, meine Damen und Herren von den Regierungsbänken, ist die einzige Möglichkeit, die kontroverse öffentliche Debatte einzufangen.

(Beifall von der SPD)